Anlage zur MI-Presseinformation Nr. 79 vom 16.06.2008

Jahresbericht 2007 über die Kampfmittelbeseitigung im Land Niedersachsen

1. Allgemeines

Auch im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen im Rahmen der Gefahrenabwehr bedeutende Mengen an Kampfmitteln aus der Zeit der beiden Weltkriege vom Kampfmittelbeseitigungsdienst der Zentralen Polizeidirektion entschärft, geborgen und der Vernichtung zugeführt.

Der Schutz der Bevölkerung vor Gefahren, die von Kampfmitteln ausgehen, ist eine präventive Aufgabe der Gefahrenabwehr im Sinne des Niedersächsischen SOG, die den Behörden der Gefahrenabwehr obliegt. Da der Umgang mit Kampfmitteln eine besondere Fachkunde voraussetzt, hält das Land Niedersachsen bei der Zentralen Polizeidirektion zur Unterstützung der Gefahrenabwehrbehörden das Dezernat 23 - Kampfmittelbeseitigung - als Vor-Ort-Aufgabe vor. Gemäß RdErl. des Nds. MU vom 08.12.1995 wird es im Rahmen der Amtshilfe bei der Gefahrenerforschung, Bergung und Beseitigung von Kampfmitteln tätig.

Allen in der Kampfmittelbeseitigung tätigen Mitarbeitern und Kollegen der Zentralen Polizeidirektion, den zuständigen Mitarbeitern der Gefahrenabwehrbehörden, der Feuerwehren, den Kollegen der örtlichen Polizeidienststellen und den Mitarbeitern der Kampfmittelräumfirmen sei an dieser Stelle für ihre gefährliche Arbeit gedankt.

Im Jahr 2007 ereigneten sich beim Kampfmittelbeseitigungsdienst und bei den in Niedersachsen tätigen privaten Kampfmittelräumfirmen keine Unfälle mit Fundmunition.
Bei der Zivilbevölkerung kam es ebenfalls zu keinem Unfall.

Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass Kampfmittel im Laufe der Zeit ihre Gefährlichkeit nicht verlieren. Im Gegenteil, durch den Alterungsprozess und die Korrosionseinwirkungen erhöht sich die Gefährlichkeit von Fundmunition sogar noch erheblich und Selbstdetonationen, letztmalig im Dezember 2006 in Kassel, können dann die Folge sein.

Besonders gefährdet sind immer wieder Kinder, Sammler von Militaria, Land- und Forstwirte, Tiefbaupersonal und Angehörige von Metallrecyclingfirmen.

2. Eingesetztes Personal

2.1 Aufgabenzuordnung

Dem Kampfmittelbeseitigungsdezernat obliegen die Aufgaben der Gefahrenerkundung im Rahmen der Luftbildauswertung, Bewertung von Gefahrenverdachtspunkten, Organisation der Kampfmittelbeseitigung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, Suchen, Entschärfen, Abtransport und Vernichtung geräumter Kampfmittel. Darüber hinaus werden private Fachfirmen zur Unterstützung bei der Umsetzung des niedersächsischen Landesräumprogramms zur Beseitigung von Bombenblindgängern herangezogen.

2.2 Personalübersicht 2007

Funktion	**Stärke**
Dezernatsleiter	1 (m.d.W.d.G.b.)
Leiter Munster	1
Truppführer	6
Vorarbeiter	4
Munitionsfacharbeiter	13
Luftbildauswerter	5,5
Flächensanierung	1
Dokumentation	4
Reproduktion	0,5
Haushalt	1,5
Einsatzkoordination/GZ	2x0,5
Gesamt:	**38,5**

3. Luftbildauswertung / Baustellenuntersuchungen

Infolge der umfangreichen Bombardierung in den Weltkriegen und der teilweise im Land durchgeführten Landkämpfe zum Ende des Krieges muss auch heute noch auf vielen Flächen mit Kampfmitteln gerechnet werden. Bei geplanten Baumaßnahmen werden durch Gebietskörperschaften und private Bauträger nach Empfehlungen des KBD aufgrund der Erkenntnisse aus der Luftbildauswertung Gefahrenerforschungsmaßnahmen veranlasst, um Unfällen mit Kampfmitteln bei den folgenden Bauarbeiten vorzubeugen.

Im Jahr 2007 sind beim Kampfmittelbeseitigungsdezernat **2.107 Bauanträge / Bauvoranfragen** eingegangen und bearbeitet worden.

Für die Bearbeitung von Bauanträgen wurden 5,5 Luftbildauswerter eingesetzt. Dabei wurden **13.830 Luftbilder** interpretiert und (teil)ausgewertet. Die daraus sich ergebene überprüfte Fläche beträgt **7314,1 ha**.
Insgesamt sind **38 Großbombenblindgänger** ($\geq$ 50Kg) im Zusammenhang mit der systematischen Luftbildauswertung und Bauantragsbearbeitung erkannt und geborgen worden.

3.1 Übersicht „Bauanträge 2007“

Zuständigkeitsbereich	Bauanträge	ausgewertete Luftbilder	überprüfte Flächen
PD Hannover	958	6543	832,7 ha
PD Oldenburg	297	2559	1455,2 ha
PD Braunschweig	283	605	1313,4 ha
PD Osnabrück	225	2098	1257,8 ha
PD Lüneburg	204	1197	1886,5 ha
PD Göttingen	140	828	568,5 ha
Gesamt	**2107**	**13830**	**7314,1 ha**

3.2 Landesräumprogramm

Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung durch Bauanträge ist eine spezielle Auswertung zur Durchführung des Landesräumprogramms nur in den Bereichen Hannover und Göttingen möglich gewesen. Der Zeitansatz für die Bauantragsbearbeitung war im Jahr 2007 für die Realisierung von Großprojekten wie z.B. Jade-Weser-Port, Ausbaustrecken der Deutschen Bahn, Kraftwerksanlagen und Autobahnerweiterungen besonders hoch.

3.3 Privat und öffentlich vergebene Räumstellen

Aus dem Ergebnis der Luftbildauswertung für Bauanträge resultiert die Durchführung erforderlicher Räummaßnahmen in einem Verhältnis von ca. einer Räumstelle zu drei Bauanträgen. Diese Räumstellen sind beim KBD anzumelden und werden durch diesen im Rahmen der fachlichen Aufsicht kontrolliert, abgenommen und auf Antrag freigegeben.

3.4 Übersicht „Bauanträge / Räumstellen“

Zuständigkeitsbereich	Bauanträge	Räumstellen
PD Hannover	958	247
PD Oldenburg	297	94
PD Braunschweig	283	142
PD Osnabrück	225	92
PD Lüneburg	204	49
PD Göttingen	140	28
Gesamt	**2107**	**652**

4. Einsätze

4.1 Kampfmittelfunde

Im Jahr 2007 wurden insgesamt **1109 Munitionsfunde** dem KBD gemeldet und durch die örtlich zuständigen Truppführer übernommen (in Klammern die Zahlen aus 2006):

Zuständigkeitsbereich	Einsätze „Fundmunition“	Entschärfte Bomben > 100 lbs	Sprengungen „Vor Ort“
PD Hannover	235	11	60
PD Göttingen	94	2	2
PD Lüneburg	183	3	4
PD Osnabrück	199	5	6
PD Oldenburg	262	9	30
PD Braunschweig	136	8	4
Gesamt	**1109 (879)**	**38 (115)**	**106 (28)**

4.2 Geräumte Kampfmittel

Im Jahr 2007 wurden im Landesgebiet **160779** einzelne Kampfmittel mit einem Gesamtgewicht von **40657,28 kg** geborgen und entsorgt. Während sich das Nettogewicht der geborgenen Kampfmittel verringert hat, ist eine Reduzierung der Einzelfunde nicht zu vermerken.

Die relativ geringen Fundmassen von unter 100t weisen nicht darauf hin, dass die Reste des Krieges in Niedersachsen deutlich weniger geworden sind. Sie sind Ausdruck dessen, dass im Jahr 2007 aufgrund fehlender Haushaltsmittel des Bundes die systematische Abarbeitung von Rüstungsaltlastenverdachtsflächen gegenüber den Vorjahren deutlich zurück gegangen ist.

Für das **„Niedersächsische Wattenmeer“** ergaben sich insgesamt **278** Munitionsfunde.

Übersicht „Fundmunition“

Munitionsart	**Herkunft**	**Stückzahl**	**Gewicht in kg**
Bomben	alliiert	968	14126
Bomben	deutsch	44	408
Granaten	alliiert	12902	1197,33
Granaten	deutsch	108403	12173,6
Granaten	sonstige	470	38,43
Minen	alliiert	18	75
Minen	deutsch	49	111,3
Minen	sonstige	2	6
Werfer	alliiert	87	199,2
Werfer	deutsch	142	1708,1
sonstige Munition	alliiert	2082	4111.15
sonstige Munition	deutsch	2980	6335,12
sonstige Munition	sonstige	32632	168,05
Gesamt		**160779**	**40657,28**

4.4 Großbombenblindgänger

Im Jahr 2007 wurden insgesamt **38 britische und amerikanische Bombenblindgänger (> 100lbs) entschärft oder gesprengt.**
5 Bomben waren mit Langzeitzündern versehen (13%)!

Mit Hilfe der Luftbildauswertung konnten **37** Bombenblindgänger geortet werden, davon **4** im Rahmen der Bauantragsbearbeitung und **33** durch das Landessonderprogramm. Lediglich **1** Blindgänger wurde zufällig bei Bauarbeiten gefunden. Hierdurch wird deutlich, dass die Luftbildauswertung ein nicht ersetzbares Instrument zur vorbeugenden Gefahrenerforschung und –beseitigung darstellt.

Die Bombenblindgängersuche und -bergung verlagert sich zunehmend in die Städte und verursacht in den dort überbauten Gebieten einen wesentlich höheren Zeitaufwand, verbunden mit stark ansteigenden Kosten.

Die relativ hohe Bombenblindgängerzahl aus den letzten Jahren begründet sich aus der Beräumung von stark bombardierten Rüstungsstandorten, wo weiterführende Maßnahmen aufgrund fehlender Haushaltsmittel im Jahr 2007 nicht vollzogen werden konnten.

Aufgrund fortschreitender Korrosionsprozesse werden zukünftig vermehrt Sprengungen vor Ort erforderlich, die eine Zunahme von Sprengschäden nicht ausschließen.

5. Rüstungsaltlasten / Flächensanierung

Die aus dem Rüstungsaltlastenprogramm Niedersachsen verbliebenen Standorte werden orientiert an der Gefährdungsabschätzung des Niedersächsischen Umweltministeriums (Abschlussbericht Juni 1997) durch das Dezernat 23 weiterbearbeitet. Im wesentlichen besteht diese Weiterbearbeitung in der Kampfmittelerkundung, Konzeption der Entmunitionierung, Gefährdungsabschätzung und Beratung der Kommunen mit Rüstungsaltlastenstandorten. Hierfür werden sowohl die Kommunen, wie auch private Investoren, Ingenieurbüros und für den Bereich des Bundes die OFD/LBA Hannover, SBN, BImA, WSA usw. fachlich beraten. Nach dem jeweiligen Bearbeitungsstand wurden die Rüstungsaltlastenstandorte in drei Bearbeitungsschritte aufgeteilt.

5.1 Standorte, an denen die Kampfmittelräumung in 2007 abgeschlossen wurde

Bedingt durch die Nicht-Wahrnehmung der Staatspraxis durch den Bund auch im Jahr 2007 zur Erstattung der Kosten nach AKG durch die BImA Erfurt wurden wiederum keine nennenswerten Flächenräumungen in Niedersachsen betrieben. Es wurden deshalb keine Räumstellen ausgeschrieben und somit konnte auch kein Standort abschließend entmunitioniert und als bearbeitet entlassen werden.

5.2 Standorte, an denen eine Erkundung der Kampfmittelbelastung und die anschließende Kampfmittelräumung auf Teilflächen begonnen bzw. fortgesetzt wurde.

5.2.1 Altenwalde / Sahlenburger Watt – Marienschießplatz –

Umsetzung und fachtechnische Kontrolle, Dokumentation und Auswertung, Entmunitionierung im Bereich der Wattflächen. Fachtechnische Überwachung der bestehenden Rahmenverträge (MTHW-Linie) mit Privatfirmen und dem WSA-Cuxhafen. Fortführungskonzeption für 2008

5.2.2 Rehden – Munitionsanstalt –

Entmunitionierung einer Kampfstoffvergrabung, fachtechnische Überwachung und Gefährdungsanalyse für Kommune, Landkreis und Eigentümer. Transport und Verlagerung von Weißkreuzpresslinge der 7,5 cm IGr.-Munition. Bearbeitung für das Internationale Chemiewaffenübereinkommen. Überwachung und Zwischenlagerung der Kampfstoffmunition. Fachplanung zur weiteren KM-Räumung und gutachterliche Stellungnahme für OFD/LBA. Fortführungskonzeption für 2008/09

5.2.3 Meppen – Schießplatz Nordhorn-Range und Munitionslager –

Entmunitionierung und Flächenfreigabe von Teilflächen innerhalb des ehemaligen Schießplatzes (Bombenabwurfplatz Meppen/Nordhorn-Range) für Sanierungsvorhaben der Bundeswehr. Gutachtenmitarbeit für die Festlegung von Gefährdungsflächen. Konzeption zur Entmunitionierung für das SBM Lingen. Umsetzung und fachtechnische Begleitung. Fortführungskonzeption für 2008

5.2.4. Wangerooge – Seefestung mit Flugplatz –

Munitionsversenkungsgebiete, Dünen- und Strandbereiche - Entmunitionierungsvorschlag für den Anspülsaum im Bereich der Buhnen und Strände innerhalb der MTHW-Linie. Flächenuntersuchung von Sandentnahmebereichen, sicherheitstechnische Kontrollen und Flächenabnahmen für die Gemeinde Wangerooge. Fachtechnische Überwachung der bestehenden Rahmenverträge (MTHW-Linie) mit Privatfirmen und dem WSA-Wilhelmshaven. Fortführungskonzeption für 2008

5.2.5 Flugplatz Marx – Flugplatz mit Luftwaffendepot –

Sanierungsplanung und Teilbereichssondierungen von landwirtschaftlichen Flächen und dem Wassergewinnungsgelände des WW Horsten. Bewertung für die weitere Flächennutzungs- und Sanierungsplanung für LK Friesland, Gemeinde Friedeburg und Grundeigentümer. Fortführungskonzeption für 2008

5.2.6 Hambühren – Lufthauptmuna –

Sicherheitstechnische Bewertung der Konzeption weiterer AKG/landeseigener Maßnahmen. Vorstellung der notwendigen Entmunitionierungsschritte in diversen öffentlichen Gremien. Festschreibung von Entmunitionierungen in Erschließungsgebieten. Fachtechnische Überwachung und Abnahme von Entmunitionierungsflächen. Fortführungskonzeption für 2008/09

5.2.7 Schneverdingen - Reinsehlen – Depot / Heeresnebenmuna -

Teilstandort „Sprengplatz Todtshorner Heide“
Sicherheitstechnische Bewertung nach Akutfunden. Teilflächenentmunitionierung. Gutachterliche Bewertung und konzeptionelle Zusammenarbeit mit LK Harburg und SG Tostedt zur Sicherung und weiteren Flächenbearbeitung.
Durchführungskonzeption ab Herbst 2008

5.2.8 Schneverdingen – Reinsehlen „ Sprengplatz Wulfsberg“
Sicherheitstechnische Bewertung und Konzepterstellung für weitere Untersuchungs- und Entmunitionierungsmaßnahmen. Konzepterstellung für Gemeinde/LK SFA und VNP Lüneburger Heide.
Durchführungskonzeption ab Herbst 2008

5.3. Standorte, an denen Erstuntersuchungen zur Kampfmittelbelastung zum Zweck einer abschließenden Räumplanung für die BImA (AKG-Fälle), OFD/LBA Hannover, Landkreise, Kommunen und private Eigentümer in den Folgejahren umgesetzt werden sollen.

5.3.1 Oldenburg-Alexanderfeld – Flugplatz –
Sicherheitstechnische Bewertung von B.-Planbereichen. Beratung für Detailuntersuchungen und Sanierungsplanungen von Fremdmanagement und für Privateigentümer. Entmunitionierung von **7 Einzelgrundstücken.** Durchführungskonzeption in 2007/08

5.3.2 Oldenburg-Ofenerdiek – Munitionsanstalt –
Sicherheitstechnische Bewertung von B.-Planbereichen. Beratung für Detailuntersuchungen und Sanierungsplanung von Fremdmanagement und für Privateigentümer. Entmunitionierung von **5 Einzelgrundstücken.**

Durch die OFD/LBA Hannover und das Staatlichen Baumanagement werden in den kommenden Jahren auf verschiedenen Liegenschaften des Bundes Erdbaumaßnahmen bzw. Bauunterhaltungen durchgeführt. Frühere Kriegseinwirkungen auf diesen Liegenschaften und die folgende Erhebung der tatsächlichen Kampfmittelsituation erfordern sicherheitstechnische Begleitmaßnahmen. Da der überwiegende Teil der Liegenschaften deutliche Rüstungsaltlasten beinhaltet, wurde die Aufgabenstellung zwischen der OFD/LBA/BImA Hannover/Hamburg/Erfurt, dem eingesetzten Projektmanagement und der ZPD/Dez. 23 gemeinschaftlich bearbeitet. Insgesamt wurden 38 Standorte einer Bewertung unterzogen. Für die Polizeidirektion sind folgende Gesamtzahlen erzielt worden:

9 Standorte PD Oldenburg
6 Standorte PD Osnabrück
6 Standorte PD Lüneburg
7 Standorte PD Hannover
7 Standorte PD Braunschweig
3 Standorte PD Göttingen

Ferner wurde im Rahmen der Abgabe großräumiger Übungsplätze der Bundeswehr für NSG-Flächen eine Sicherheitstechnische Bewertung für MI/MU als Vorabauskunft erstellt.

Sämtliche Arbeiten sind in 2008 im Rahmen vorgeplanter Sanierungsmaßnahmen der oben genannten Träger sowie über Direktbeauftragungen des Landes Niedersachsen durch die ZPD/Dez. 23 weiter zu bearbeiten.

6. Munitionsvernichtung

Das Land Niedersachsen verfügt über keine eigenen Anlagen zur Entsorgung von Fundmunition. Die Vernichtung durch Sprengen ist mit der neuen Gesetzeslage (Bundesbodenschutzgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz) nicht mehr gestattet und wird dementsprechend auf dem Sprengplatz in Munster seit dem Jahr 2002 nicht mehr durchgeführt. Sprengungen erfolgen ausschließlich im Rahmen der Gefahrenabwehr am Fundort oder zu Zwecken der Aus- und Fortbildung.

Für die thermische Vernichtung von Waffen- und Munitionsteilen galt eine Übergangsfrist bis zum 30.10.2007, ab dem 31.10.2007 werden diese Gegenstände ebenfalls in die kommerzielle Vernichtung gegeben.
Durch diese neuen gesetzlichen Bestimmungen entstehen für die Kampfmittelbeseitigung zukünftig wesentlich höhere Kosten.
Für das Jahr 2007 wurde ein Großteil der Fundmunition zur Vernichtung in eine thermischen Entsorgungsanlage kostenpflichtig abgegeben. Dies erforderte eine zusätzliche hohe finanzielle Belastung von

157.842,84 Euro

Für das Jahr 2008 ist mit einem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten zu rechnen.

8. Haushaltsmittel

Die Kosten der Aufwendungen für das Dezernat 23 zur Kampfmittelbeseitigung werden grundsätzlich vom Land Niedersachsen getragen und nur teilweise vom Bund zurückerstattet. Bei Kampfmittelräumungen auf nicht bundeseigenen Liegenschaften trägt der Bund die Kosten für die Räumung ehemals reichseigener Munition und das Land solche für die Räumung ehemals alliierter Munition. Die Kosten der Kampfmittelbeseitigung auf Liegenschaften, die sich im Eigentum des Bundes befinden, werden vom Bund übernommen.

Für die Kampfmittelbeseitigung in Niedersachsen ergeben sich im Vergleich für die Jahre 2006 und 2007 folgende Summen:

2006

Gesamtausgaben: 4.179.834 Euro (davon Personalausgaben: 2.199.620 Euro)

Im Jahr 2006 wurden Landesmittel in Höhe von 1.980.214 Euro für die Kampfmittelräumung ausgegeben.

Durch Rückerstattungen des Bundes für Räumstellen nach AKG aus unterschiedlichen Haushaltsjahren und für die Bergung / Entsorgung reichseigener Kampfmittel sowie Einnahmen aus der Luftbildauswertung sind 2.282.488 Euro in den Landeshaushalt zurückgeflossen (1.767.882,26 € ergaben sich aus einem Vergleich zwischen dem Bund und Land).

2007

Gesamtausgaben: 3.945.882,26 Euro (davon Personalausgaben: 2.178.000 Euro)

Im Jahr 2007 wurden Landesmittel in Höhe von 1.767.801,59 Euro für die Kampfmittelräumung ausgegeben.

Durch Rückerstattungen des Bundes für Räumstellen nach AKG aus unterschiedlichen Haushaltsjahren und für die Bergung / Entsorgung reichseigener Kampfmittel sowie Einnahmen aus der Luftbildauswertung sind 271.601,55 Euro in den Landeshaushalt zurückgeflossen.